

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v
Einleitung.....	1
1. Teil: Grundlagen der Störerhaftung im öffentlichen und privaten Recht	3
I. Die Vergleichsebene.....	3
1. Die gesetzliche Ausgangslage.....	3
2. Vergleiche aus der Rechtsprechung	4
3. Analyse: Die Konkurrenz der Störerhaftung im Zivil- und Polizeirecht	5
4. Arbeitshypothese	7
II. Systematische Grundlagen des öffentlichen Abwehrrechts	8
1. Begriffsbestimmungen	8
a. Gefahr und Störung	8
b. Die Polizeipflichtigen.....	8
aa) Verhaltensstörer.....	9
bb) Zustandsstörer	9
cc) Nichtstörer	10
2. Primär- und Sekundärbereiche zwischen Effektivität und gerechter Lastenverteilung.....	10
a. Die Gefahrenabwehr als Primärbereich.....	10
b. Die Kostentragung als Sekundärbereich	11
c. Effektivität und gerechte Lastenverteilung im Zwei-Ebenen- System.....	12
III. Systematische Grundlagen des privaten Abwehrrechts	15
1. Der Tatbestand des § 1004 BGB	15

2. Der Streit um die systematische Einordnung des § 1004 BGB	15
3. Die Beeinträchtigung	17
a. Nach der Kausalitätstheorie	17
b. Nach der Usurpationstheorie	18
4. Der Störer	19
a. Die klassische Unterteilung in Handlungs- und Zustandsstörer nach der Kausalitätstheorie	19
b. Der Usurpator als Störer.....	20
5. Die Kostentragung	20
 <i>IV. Die Rolle der Zurechnung</i>	22
1. Haftungsbegründung.....	22
2. Haftungsbegrenzung	23
a. Freiheit des Bürgers vor willkürlicher staatlicher Inanspruchnahme im Polizeirecht	23
b. Eigentumsfreiheit und Rechtfertigungserfordernis bei Haftung für fremde Rechtseinbußen im Zivilrecht	24
c. Resümee: Die Zurechnung als Grenze für die Belastung des Störers im Polizei- und Zivilrecht	26
 <i>V. Die Störerhaftung als Kostentragungsfrage</i>	27
 <i>VI. Fazit</i>	29
 2. Teil: Die Zurechnung der Gefahr bzw. Beeinträchtigung zum Verpflichteten.....	30
 <i>I. Der Verhaltensstörer</i>	30
1. Die Zurechnungsprobleme der Verhaltenshaftung	30
2. Die Zurechnung zum Verhaltensstörer im Zivilrecht	31
a. Kriterien zur Beurteilung der Relevanz des Verhaltensbeitrags	31
aa) Der Grundfall: unmittelbare Handlung als Störung	31
(1) Die adäquat kausale, willentliche Verursachung als Kriterium der herrschenden Kausalitätslehre	32
(2) Die Kausalhaftungslehre.....	33
(3) Die Sozialüblichkeitstheorie	34
(4) Die Zurechnung nach Risikosphären	35
(5) Usurpieren durch Handeln	37
(6) Zusammenfassung	39
bb) Verhaltensstörer durch Unterlassen	40

(1) Der Unterlassungsstörer als Überwachergarant.....	40
(2) Der Untätigkeitsstörer	42
(3) Der Unterlassungsstörer als Zustandsstörer nach der Kausalhaftungslehre	43
(4) Rechtsanmaßung statt pflichtwidrigem Unterlassen nach der Usurpationstheorie	44
(5) Zusammenfassung	45
cc) Der mittelbare Verhaltensstörer	45
(1) Aktive Veranlassung	48
(a) Subjektive Veranlassung	48
(b) Objektive Veranlassung	49
(2) Passive Veranlassung	51
(a) Fallgruppenbildung	51
(b) Zurechnungskriterien	52
(3) Zusammenfassung	56
dd) Zurechnung zum einzelnen Handlungsstörer bei Beteiligung mehrerer	56
(1) Die Zurechnung im Verhältnis unmittelbarer – mittelbarer Störer.....	57
(2) Die Zurechnung bei zweifelhafter Beteiligung	59
b. Die Kontroverse um das Ob einer Folgehaftung des Verhaltensstörers	60
aa) Darstellung der beiden Gegenpositionen.....	60
bb) Argumentative Würdigung	62
cc) Fazit.....	64
3. Die Zurechnung zum Verhaltensstörer im Polizeirecht	65
a. Kriterien zur Beurteilung der Relevanz des Verhaltensbeitrags	65
aa) Der Verhaltensstörer durch eigenes, unmittelbares Handeln	65
(1) Die Übertragung der Adäquanztheorie ins Polizeirecht	65
(2) Begrenzung der äquivalenten Kausalität durch die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Effektivität der Gefahrenabwehr	69
(3) Die Rechtswidrigkeitstheorie.....	70
(4) Die Sozialadäquanz	73
(5) Die Theorie der unmittelbaren Verursachung	75
(6) Die Lehre von der objektiven Zurechnung im Polizeirecht.....	76
(7) Exkurs: Genehmigung des störenden Verhaltens als Zurechnungsausschluss?	79
(8) Zusammenfassung	82
bb) Verhaltensstörer durch Unterlassen	83
(1) Verletzung einer öffentlich-rechtlichen Sicherungspflicht	84

(2) Ausdehnung auf zivilrechtliche Pflichten	86
(3) Zusammenfassung	88
cc) Die Zusatzverantwortlichkeit – ein Fall der mittelbaren Störerschaft	89
dd) Der Zweckveranlasser	91
(1) Subjektive vs. objektive Kriterien.....	93
(2) Objektive Zurechnung: Herrschaft über die störende Handlung des Dritten bei Verwirklichung der Veranlassung darin	98
(3) Rechtliche Kriterien zur Korrektur der objektiven Zurechnung.....	101
(4) Kritische Würdigung der Einwände gegen eine Zurechnung zum Zweckveranlasser	106
(5) Zusammenfassung	109
ee) Zurechnung zum Einzelnen	
bei mehreren Verhaltensstörern	109
(1) Die Maximen der Störerauswahl.....	110
(2) Die Kriterien zur Konkretisierung des Effektivitäts- und Lastenverteilungsgrundsatzes	111
(3) Anwendung der Störerauswahlkriterien.....	115
(a) Zwischen dem Zweckveranlasser und dem unmittelbaren Störer.....	115
(b) Zwischen dem Zusatzverantwortlichem und dem unmittelbaren Störer.....	116
(c) Zwischen Mitverursachern	118
(α) Anteilige Aufteilung der Beseitigungspflicht?.....	118
(β) Alternative Kausalität.....	119
(γ) Maßgebliche Störerauswahlkriterien.....	120
(d) Schlussfolgerungen aus der Anwendung der Störerauswahlkriterien	122
(4) Zusammenfassung	123
b. Die Folgehaftung des Verhaltensstörers	124
4. Vergleichende Analyse zum Verhaltensstörer.....	126
a. Vergleich der Zurechnungstheorien	126
b. Vergleichbarkeit der Störerkonstellationen.....	130
c. Unterschiedliche Zurechnungsergebnisse?	132
aa) Grundfall: unmittelbarer Störer durch positives Tun	132
bb) Unterlassungsstörer	134
cc) Mittelbarer Störer	134
dd) Störermehrheit und die Struktur der Störerauswahlentscheidung	137
ee) Fazit.....	139
d. Notwendigkeit einer Vereinheitlichung	139

aa) Die funktionale Abstimmung des öffentlichen und privaten Abwehrrechts aufeinander	139
(1) Die Ablehnung deliktsrechtlicher Zurechnungskriterien im Abwehrrecht.....	141
(2) Das Abwehrrecht als Folgehaftung.....	145
(3) Die Grenze der Vereinheitlichung: Störerauswahl (Effektivität und gerechte Lastenverteilung)	149
bb) Prozedurale Zurechnungsstrukturen und die materiellen Grenzpfosten der Freiheitsrechte und des Gleichbehandlungsgebots.....	150
cc) Exkurs: Zur einheitlichen Abgrenzung des Unterlassungsstörers im Rahmen einer formalen Trennung zwischen Verhaltens- und Zustandsstörer.....	157
dd) Fazit	160
 <i>II. Der Zustandsstörer</i>	 162
1. Die Probleme der Zurechnung zum Zustandsstörer.....	162
2. Die Zurechnungskriterien im Zivilrecht	164
a. Kriterien zur Bestimmung des Zustandsstörers	164
aa) Störung ohne eigenes Zutun	164
(1) Die Willensherrschaft.....	165
(2) Die Verkehrspflichtverletzung.....	169
(3) Die Herrschaftsposition (Besitz oder Eigentum)	172
(4) Die Überlagerung der fremden Rechtssphäre durch eigene Sachen nach der Usurpationstheorie	176
(5) Zusammenfassung	179
bb) Zustands- und Verhaltenshaftung in einer Person	180
(1) Der Doppelstörer als überflüssiger Begriff	180
(2) Das Scheinproblem des latenten Störers	183
(3) Ergebnis	184
cc) Der mittelbare Zustandsstörer bei interferierenden Herrschaftspositionen	185
(1) Die Zurechnung nach der tatsächlichen Sachherrschaft im Sinne des BGB	186
(2) Die Zurechnung nach der rechtlichen Herrschaft über die Sache	190
(3) Zusammenfassung	192
dd) Die Zurechnung zum Zustandsstörer bei Beteiligung weiterer Verhaltens- oder Zustandsstörer	192
(1) Kein Rangverhältnis zwischen unmittelbarem und mittelbarem Zustandsstörer.....	193
(2) Kein Vorrang des Verhaltens- vor dem Zustandsstörer.....	193

(3) Zusammenfassung	196
b. Zur Folgeverantwortlichkeit des Zustandsstörers	196
3. Die Zurechnungskriterien im Polizeirecht.....	201
a. Die Kriterien zur Bestimmung des Zustandsstörers	201
aa) Störung ohne eigenes Zutun.....	202
(1) Die herrschaftsbezogene Zurechnung	203
(a) Nach der formalen Rechtsstellung	204
(b) Nach der realen Einwirkungsmöglichkeit.....	206
(c) Kritische Würdigung	208
(2) Von der Risikosphärenabwägung zur mitwirkungsbezogenen Zurechnung	213
(3) Zusammenfassung	217
bb) Zustands- und Verhaltensstörer in einer Person:	
Der Doppelstörer und der latente Störer	218
cc) Mittelbarer Zustandsstörer bei interferierenden	
Sachbeziehungen.....	220
(1) Anwendungsrahmen	220
(2) Meinungsstand	221
(3) Zusammenfassung	225
dd) Die Zurechnung zum Zustandsstörer bei	
Beteiligung weiterer Verhaltens- oder Zustandsstörer	226
(1) Die Störerauswahl zwischen mehreren Zustandsverantwortlichen	227
(2) Gesetzliche Störerauswahl: Die Freistellung des Eigentümers bei Ausübung tatsächlicher Gewalt gegen seinen Willen	230
(3) Kein Vorrang des Verhaltens- vor dem Zustandsstörer.....	233
(4) Zusammenfassung	235
b. Zur Folgeverantwortlichkeit des Zustandsstörers	236
aa) Aus Sicht der risikosphären- und mitwirkungsbezogenen Zurechnung	236
bb) Aus Sicht der herrschaftsbezogenen Zurechnung	237
cc) Zusammenfassung	245
4. Vergleichende Analyse zum Zustandsstörer.....	245
a. Die herrschafts- und verursachungsbezogene Zurechnung – einander gegenüberstehende Konzepte in beiden Rechtsgebieten.....	245
b. Die Vergleichbarkeit der Störerkonstellationen	248
aa) Der Grundfall.....	248
bb) Mittelbarer Zustandsstörer.....	248
cc) Mehrheit von Störern bzw. Störertypen.....	249
c. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Anwendung der Zurechnungstheorien auf die Störerkonstellationen.....	249

aa) Das unterschiedliche Verständnis der tatsächlichen Herrschaft im Polizeirecht und im Zivilrecht.....	249
bb) Der Grundfall: Unmittelbarer Zustandsstörer	250
cc) Mittelbarer Zustandsstörer	251
dd) Mehrheit von Störern.....	254
ee) Folgeverantwortlichkeit	256
d. Die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung	259
aa) Einheitliches Zurechnungskonzept.....	259
(1) Die Gleichwertigkeit der Zurechnungsansätze aus prozeduraler Sicht.....	259
(2) Der funktionale Vorzug des herrschaftsbezogenen Zurechnungskonzepts	262
(3) Das „Haben“ als Grundlage der Zurechnung oder der Versuch das herrschaftsbezogene Zurechnungskonzept weiter zu untermauern	264
(4) Das Problem der Folgeverantwortlichkeit im herrschaftsbezogenen Zurechnungskonzept	268
bb) Einheitliches Verständnis der zurechnungsbegründenden Herrschaftsposition	272
(1) Die tatsächliche Sachherrschaft im Polizeirecht: Rechtliche Anerkennung der faktischen Einwirkungsmöglichkeit	273
(2) Angleichung der Polizeigesetze beim „anderen Berechtigten“ de lege ferenda	278
(3) Der Besitz bei § 1004 BGB als nachrangige Herrschafts-position und nachrangiges Zurechnungskriterium.....	279
cc) Fazit: Herrschaftsbezogene Zurechnung im Konstrukt einer rechtlichen Sachherrschaft im weiteren Sinne.....	281
3. Teil: Die Zurechnung der Kosten nach der Bestimmung des Störers	285
<i>I. Die Rechtsfolgen der Störerbestimmung: Beseitigungs- und Kostentragungspflicht</i>	285
<i>II. Die Haftungsgrenzen im Zivilrecht</i>	288
1. Die Begrenzung der Beseitigungspflicht.....	288
a. Der Einwand des Mitverschuldens auf Seiten des Gestörten, § 254 BGB analog	290
b. Die Unzumutbarkeit der Beseitigung.....	292

c. Umfangmäßige Begrenzung nach dem Tatbeitrag?.....	293
d. Fazit	295
2. Die Begrenzung der Kostentragungspflicht.....	296
a. Verminderter Kostenanspruch bei Unzumutbarkeit	297
b. Die Aufteilung der Kostenlast zwischen mehreren Störern.....	301
c. Fazit	304
<i>III. Die Haftungsgrenzen im Polizeirecht</i>	<i>306</i>
1. Die Begrenzung der Beseitigungspflicht	306
a. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als allgemeine Haftungsgrenze.....	306
b. Die Unzumutbarkeit beim Zustandsstörer im Besonderen	307
c. Zusammenfassung	311
2. Die Begrenzung der Kostentragungspflicht.....	312
a. Rechtgrundlagen der Kostenerhebung	312
b. Die Kostenbegrenzung für den zustandsverantwortlichen Eigentümer und ihre Wirkung darüber hinaus.....	315
aa) Die Grenze des Verkehrswertes der Sache – BVerfGE 102, 1	315
(1) Darstellung der Entscheidung.....	316
(2) Die prozedurale Bedeutung des Verkehrswerts als Referenzwert	318
(3) Die materielle Rechtfertigung der Verkehrswertgrenze vor dem Hintergrund des herrschaftsbezogenen Zurechnungskonzepts.....	320
(4) Zusammenfassung	324
bb) Die Wertungskriterien des BVerfG für die Abweichungen vom Verkehrswert.....	325
(1) Existenzsicherung für den Hauseigentümer unterhalb des Verkehrswerts	325
(2) Erweiterte Kostentragung für den „schuldhafte“ Zustandsstörer“?	327
(3) Die Grenzen der funktionalen Vermögenseinheit und der Existenzsicherung für Unternehmen und ihre systemkonforme Umdeutung als Kostengrenzen der Verhaltenshaftung	329
(4) Zusammenfassung	331
cc) Schlussfolgerungen für die Systemkohärenz im Abwehrrecht.....	332
(1) Die Ausweitung der Kostenbegrenzung auf andere Störer	332

(a) Zur Frage der Grundrechtsbetroffenheit und der Anwendbarkeit der Kostengrenze auf Grundrechtsverpflichtete	332
(b) Die Übertragung auf weitere Zustandsstörer	335
(c) Die Übertragung auf den Verhaltensstörer	339
(d) Zusammenfassung.....	341
(2) Die Einbindung der Kostenbegrenzung in das Zwei-Ebenen-System des Polizeirechts	342
(a) Der Weg über die Reduktion der Beseitigungspflicht auf eine Duldung.....	343
(b) Kostenreduktion durch Ebenentrennung.....	344
(c) Die Lösung des BVerfG: Anerkennung der Ebenentrennung unter Wahrung der einfachgesetzlichen Konnexität.....	346
(d) Effektivität als Grund der Ebenentrennung	348
(e) Zusammenfassung.....	349
(3) Exkurs: Die Auswirkung der Kostenbegrenzung auf den Dereliquenten.....	350
dd) Fazit	352
c. Die Aufteilung der Kostenlast zwischen mehreren Störern	353
aa) Keine anteilige Verantwortlichkeit im Außenverhältnis.....	353
bb) Privatrechtlicher Innenausgleich oder behördliche Kostenaufteilung?	355
cc) Direktiven für die behördliche Kostenverteilung und die Auswahl des Kostenschuldners	359
(1) Erfordernis der finanziellen Leistungsfähigkeit	360
(2) Ausgleichende Kriterien	361
(a) Zwischen Verhaltensstörern	362
(b) Zwischen Verhaltens- und Zustandsstörer.....	363
(c) Zwischen Zustandsstörern	365
(3) Zusammenfassung	366
dd) Die Einbindung der Kostenverteilung zwischen den Störern in das Zwei-Ebenen-System.....	366
ee) Zusammenfassung	369
IV. Vergleichende Analyse der Kostenlastverteilung in beiden Rechtsgebieten	370
1. Vergleich der Zuweisung der Beseitigungs- und Kostentragungspflicht	370
a. Gemeinsame Ausgangssituation	370
b. Das Maß des Zumutbaren für den einzelnen Störer	371

aa) Zur Übertragung schuldrechtlicher Ausgleichskriterien, insbesondere der Abwägung des Beseitigungsinteresses mit dem Beseitigungsaufwand.....	371
bb) Begrenzung der Zustandshaftung.....	373
(1) Der übereinstimmende Maßstab der Verkehrswertgrenze.....	373
(2) Unterschiede bei der Entschädigungsleistung und der Ausführung der Beseitigung.....	375
(3) Polizeirechtliche Besonderheit: keine Haftungsbeschränkung ohne Anfechtung des rechtswidrigen Bescheids	377
c. Die Lastenverteilung zwischen mehreren Störern.....	377
aa) Keine anteilige Verantwortlichkeit im Außenverhältnis.....	377
bb) Die Parallelität des zweipoligen gesamtschuldnerischen Ausgleichs im Zivilrecht und der dreipoligen Kostenverteilung im Polizeirecht.....	378
cc) Einheitliche Verteilungskriterien auf der gemeinsamen Grundlage einer gerechtigkeitsdefizitären Auswahl des pflichtigen Störers	380
dd) Die Risiken des Störers beim störerinternen Ausgleich	382
d. Fazit	384
2. Harmonisierungsbedarf bei der Kostenzurechnung	387
a. Die Rolle der Kosten als Schlusspunkt der Störerverantwortlichkeit	387
b. Kostenangleichung wegen funktioneller Parallelität des privaten und öffentlichen Abwehrrechts – zugleich Abgrenzung von einer Harmonisierung nach dem Leitbild der deliktsrechtlichen Lastenverteilung und Ausschluss sachfremder Zurechnungskriterien.....	390
aa) Angleichungskonzepte in der Literatur	390
bb) Schlussfolgerungen aus der Diskussion	394
c. Der prozedurale Zurechnungsansatz bei den Kosten.....	397
aa) Zwei Zurechnungsprozesse	397
bb) Das prozedurale Element der Risikoschaffung.....	397
cc) Das prozedurale Element der Risikoverwirklichung.....	398
dd) Die inhaltliche Ausgestaltung des Zurechnungsprozesses.....	400
ee) Die materiellen Schranken des Zurechnungsprozesses.....	401
ff) Grenzen der Angleichung	402
d. Zusammenfassung	404
4. Teil: Zusammenführende Schlussbetrachtung	406

<i>I. Zusammenfassung des beschreibenden Vergleichs</i>	406
1. Zum Verhaltensstörer	406
2. Zum Zustandsstörer	408
3. Zur Folgeverantwortlichkeit	410
4. Zu den Kosten	411
<i>II. Zusammenfassung des strukturellen Vergleichs</i>	412
<i>III. Schlussfolgerungen aus dem beschreibenden und strukturellen Vergleich</i>	414
1. Ausschluss unzulässiger Zurechnungskriterien	414
2. Das herrschaftsbezogene Zurechnungskonzept beim Zustandsstörer	415
3. Definition der haftungsbegründenden Sachherrschaft beim Zustandsstörer	415
4. Abgrenzung des Zustandsstörers vom Verhaltensstörer durch Unterlassen.....	416
5. Umfang der Folgeverantwortlichkeit	416
6. Kostenangleichung und Kostengrenzen	417
<i>IV. Der prozedurale Zurechnungsansatz</i>	418
 Literaturverzeichnis.....	421
 Sachregister.....	441